

21. April 2010

Armutsbekämpfung muss Vorrang haben vor Bankenschutz Bischof Ackermann kritisiert Gutachten des Internationalen Währungsfonds

Bonn/Trier - Bischof Dr. Stephan Ackermann hat den am 20. April bekannt gewordenen Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Finanzmarktstabilisierung kritisiert. Bischof Ackermann: „Der Bericht des IWF setzt auf eine auch in der Höhe völlig unzureichende Bankenabgabe und eine sehr vage formulierte Steuer auf Profite statt auf eine Steuer auf alle Finanztransaktionen. Insbesondere das Ziel der Armutsbekämpfung gerät dabei völlig aus dem Blick. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sollte aber eigentlich deutlich gemacht haben, dass wir nicht nur kleine Korrekturen brauchen. Weltweit müssen alle Register gezogen werden, um Armut zu bekämpfen und den Ursachen der Krise zu begegnen.“

Bischof Ackermann äußerte sich in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Kommission „Justitia et Pax“ („Gerechtigkeit und Frieden“), die gemeinsam mit über 70 weiteren Organisationen Mitträgerin des Bündnisses „Steuer gegen Armut“ ist.

Bischof Ackermann erinnerte daran, dass sich die Regierungen der Welt verpflichtet hatten, bis zum Jahr 2015 die Armut auf der Welt zu halbieren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe jedoch dazu geführt, dass durch steigende Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Armut und Hunger sogar gestiegen seien. Da nur noch fünf Jahre bis zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele blieben, sei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer notwendig. Bischof Ackermann: „Die offensichtlichen Vorteile einer solchen Steuer liegen klar auf der Hand: selbst ein sehr geringer Prozentsatz erbringt kontinuierlich hohe Summen, die einerseits sinnvoll zur Abtragung der durch die Krise entstandenen Kosten beitragen und andererseits für die global drängenden Probleme der Armutsbekämpfung und Klimakrise eingesetzt werden können. Zudem trägt sie wirksam zur Regulierung der Finanzmärkte und Verhinderung zukünftiger Krisen bei.“

Im Blick auf das Ende Juni in Toronto stattfindende Treffen der G20 Staaten appelliert Bischof Ackermann an den IWF, seinen Bericht, der dort vorgelegt werden soll, noch einmal zu korrigieren. Bischof Ackermann: „Ein eindeutiges Votum des Gipfels für die Finanztransaktionssteuer könnte die Weichen in der internationalen Finanzpolitik endlich so stellen, dass wilde Spekulationen mit Finanzprodukten und Ressourcen eingeschränkt werden, Akteure Verantwortung für ihr Tun übernehmen müssen und gleichzeitig eine Umverteilung des Reichtums zum Wohle der gesamten Menschheitsfamilie stattfindet. Diese Chance darf nicht vertan werden.“

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.steuer-gegen-armut.org

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Gertrud Casel
Geschäftsführerin
Tel: 0228 - 103 303